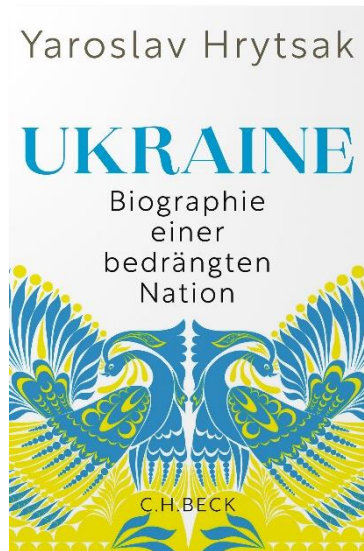




Yaroslav Hrytsak

Ukraine.
Biographie einer bedrängten Nation

Aus dem Englischen von Karlheinz Dürr
und Norbert Juraschitz
C.H. Beck | München 2024
480 Seiten, Hardcover | 34,00 €
ISBN 978-3-406-82162-2

rezensiert von

Franziska Davies, Ludwig-Maximilians-Universität München

Wie sehr bis zum 24. Februar 2022 die Ukraine in der öffentlichen Aufmerksamkeit im Schatten Russlands stand, war auch auf dem deutschen Büchermarkt erkennbar: während die großen Publikumsverlage über Jahre zahlreiche Gesamtdarstellungen der russischen Geschichte herausbrachten, fristeten Bücher über die Geschichte der Ukraine bestenfalls ein Schattendasein. Der Verlag C.H. Beck hatte mit Andreas Kappeler's »Kleinen Geschichte der Ukraine« zwar ein nach wie vor einschlägiges Standardwerk in stets neuer Auflage im Programm¹, konzentrierte sich aber sonst ebenfalls auf Russland. Kürzlich ist bei C.H. Beck nun eine Monografie zur Geschichte der Ukraine von Yaroslav Hrytsak erschienen, einem der bekanntesten und wichtigsten ukrainischen Historiker der Gegenwart. Überraschend ist allerdings, dass der Verlag nicht etwa das ukrainische Original von 2022, publiziert unter dem Titel »Podolaty mynule. Hlobal'na istorija Ukrajiny« (dt.: »Die Bewältigung der Vergangenheit. Eine Globalgeschichte der Ukraine«), übersetzten hat lassen, sondern die im folgenden Jahr erschienene englische Übersetzung. Im Deutschen trägt die Monografie den Untertitel »Biographie einer bedrängten Nation« und legt damit den Akzent eher auf einen nationalgeschichtlichen Rahmen.

Freilich zeigt das Buch von Hrytsak, dass eine globale Perspektivierung ukrainischer Geschichte keineswegs im Widerspruch dazu stehen muss, der Wirkungsmächtigkeit der ukrainischen Nationalbewegung des 19. und 20. Jahrhunderts gerecht zu werden. Hrytsak folgt zwar der seit dem 19. Jahrhundert tradierten chronologischen Erzählung ukrainischer Geschichte, ordnet diese aber immer wieder in globale Bezüge ein. Die Chronologie setzt mit der Kyjiver Rus' im frühen Mittelalter ein, führt über den frühneuzeitlichen Kosakenstaat, der als protonationale ukrainische Staatsbildung gedeutet werden kann, und spannt den Bogen von der erstarkenden Nationalbewegung des 19. Jahrhunderts bis zu den Revolutionen, Weltkriegen und der

¹ Andreas Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, 8. aktual. Aufl., München 2022 (zuerst 1994).

Erringung der Unabhängigkeit im 20. Jahrhundert. Das kosakische Hetmanat, das sich im 17. Jahrhundert eine Zeitlang als eigenständiger Player gegenüber dem Moskauer Zarenreich im Osten und der polnisch-litauischen Adelsrepublik im Westen behaupten konnte, war auch deshalb so wichtig, weil die Pioniere der ukrainischen Nationalbewegung im 19. Jahrhundert entweder im russischen Kolonialreich der Zaren oder aber in der liberaleren Habsburgermonarchie lebten. Die Erinnerung an eine staatliche ukrainische Formation vereinfachte die Konstruktion einer nationalen Vorvergangenheit.

Die nächste Epoche in Hrytsaks Erzählung ist die Gewaltgeschichte der Ukraine zwischen 1914 und 1945, in der das Land zu einem Schauplatz von Bürger-, Kolonial- und Staatsbildungskriegen, antijüdischen Pogromen, Genoziden und des Holocaust wurde. Mit dem Zusammenbruch der Imperien der Romanovs und der Habsburger wurde zum ersten Mal denkbar, was bis dahin kaum realistisch schien: die Schaffung eines unabhängigen ukrainischen Staates. In der Zentral- und Ostukraine scheiterte dies an der Machtübernahme der Bolschewiki, die trotz ihrer antikolonialen Rhetorik die Ukraine besetzten und zum Teil des neuen sowjetischen Kolonialreiches machten. In der westlichen Ukraine setzte sich im polnisch-ukrainischen Krieg von 1918/19 die polnische Armee durch, im neuen polnischen Staat war die ukrainische Minderheit die größte, aber auch in Rumänien und in der Tschechoslowakei lebten Ukrainer:innen. Die Hoffnung mancher ukrainischer Intellektueller, dass sich in der nun territorial zumindest definierten ukrainischen Sowjetrepublik das *nation building* vorantreiben lassen würde, hatte sich spätestens 1930 als Illusion erwiesen: es begann der Terror gegen die ukrainische Intelligenzija; die von Stalin und seinen Gefolgsleuten herbeigeführte Hungersnot 1932/33 nahm in der Ukraine Vernichtungscharakter an. Souverän erklärt Hrytsak an dieser Stelle, warum sich die lang diskutierte Frage, ob es sich dabei um einen Genozid an der ukrainischen Bevölkerung gehandelt habe, durch neuere Forschungen erübrigt hat: während der Hunger im Jahr 1932 eine Folge der brutalen Kollektivierungspolitik in der gesamten Sowjetunion war, richtete sich die zweite Phase der Hungerpolitik im Jahr 1933 eindeutig intentional gegen die Ukraine als Nation; mit gezielten Maßnahmen wurde den hungernden Menschen praktisch jede Überlebenschance genommen. Die Erfahrung von Terror, Gewalt und Krieg setzte sich im Zweiten Weltkrieg fort – in der westlichen Ukraine bereits mit dem Hitler-Stalin-Pakt von 1939, in der Zentral- und Ostukraine mit dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion im Sommer 1941. Im Holocaust wurde fast das gesamte Judentum der Ukraine ermordet, die nichtjüdische Bevölkerung millionenfach versklavt, ausgehungert, terrorisiert und vernichtet.

Mit dem Sieg über NS-Deutschland wurden die neuen Grenzen der Sowjetukraine, die ein Resultat des Hitler-Stalin-Paktes von 1939 gewesen waren, international festgeschrieben. Die Neuziehung der Grenzen in Ostmitteleuropa ging einher mit massenhaften Vertreibungen: nachdem bereits während des Krieges zehntausende Pol:innen von Teilen der Ukrainischen Aufstandsarmee (UPA) ermordet worden waren, ließ Stalin die verbliebene polnische Bevölkerung in die Volksrepublik Polen vertreiben; die ukrainische Minderheit in Polen wurde von der kommunistischen polnischen Regierung gezwungen, ihre Heimat zu verlassen. 1954 fand mit der administrativen Eingliederung der Krim die letzte territoriale Veränderung der ukrainischen Sowjetrepublik statt, die nach der Unabhängigkeitserklärung der Ukraine im Jahr 1991 auch international anerkannt wurde. Die Ukraine, die – wie Hrytsak in seinem Buch immer wieder betont – über die Jahrhunderte so stark von ethnischer, religiöser und sprachlicher Vielfalt geprägt gewesen war, war durch die Gewaltgeschichte von 1914 bis 1945 viel homogener geworden.

Über diese Gewaltgeschichte legte sich zunächst ein Mantel des Schweigens und so gut wie niemand – ob aus den Reihen des sowjetischen NKWD, der Wehrmacht oder der SS – wurde für seine Taten zur Verantwortung gezogen. Auf sozialer und wirtschaftlicher Ebene erlebte die Sowjetukraine in den 1950er- und 1960er-Jahren eine Phase des bescheidenen Aufschwungs. Unfrei blieben die Gesellschaften der Sowjetunion gleichwohl auch dann, als mit dem Tod Stalins 1953 die schlimmsten Exzesse vorüber waren. Es war in den 1960er-Jahren zunächst

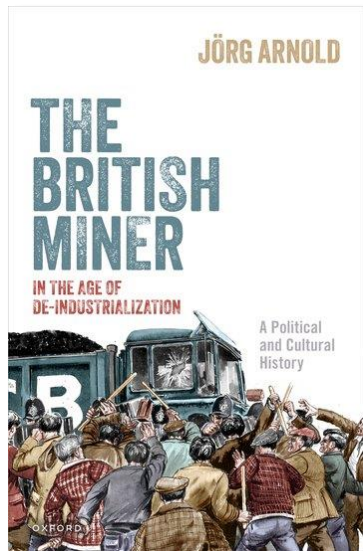
ein kleiner Kreis von ukrainischen Intellektuellen und Künstler, die nach diesem Jahrzehnt benannten *Šistdesjatnyky* (die »Sechziger«), der diese Unfreiheit thematisierte. Angesichts des massiven Russifizierungsdrucks aus Moskau verband sich in der Ukraine Dissidenz fast unweigerlich mit dem Beharren auf dem Recht auf eine eigene Kultur, Sprache und Geschichte. Die Tatsache, dass Ukrainer:innen in der Ära von Leonid Breschnew zwischen 50 und 70 Prozent der politischen Gefangenen in den Gulags ausmachten, zeigt dass der Kampf gegen den vermeintlichen »bourgeois Nationalismus« in der Ukraine mit einer besonderen Härte geführt wurde. Die Unabhängigkeitserklärung der Ukraine im August 1991, maßgeblich vorbereitet durch eine Allianz zwischen unzufriedenen ukrainischen Kommunisten, der dissidentischen Intelligenzija und den protestierenden Bergbauarbeitern im Donbas, war entsprechend der letzte Todesstoß für die Sowjetunion. Wenige Monate später war sie Geschichte.

Strukturiert wird Hrytsaks chronologische Erzählung zum einen durch den Zusammenhang von Modernisierung und Nationsbildung sowie zum anderen durch die europäischen und globalen Verflechtungen der ukrainischen Geschichte. Jedem chronologischen Kapitel hat Hrytsak außerdem ein thematisch gefasstes »Intermezzo« zugeordnet: In der »kurzen Geschichte des ukrainischen Brotes« wird der Topos der Ukraine als »Kornkammer« ebenso analysiert wie die Bedeutung des Bauerntums für ukrainische Nationsentwürfe und das bis ins 20. Jahrhundert prägende Dreiecksverhältnis zwischen jüdischen Gutsverwaltern und Schankwirten, polnischen Adeligen und ukrainischen Bauern. Die »kurze Geschichte des ukrainischen Liedguts« greift das Thema der bäuerlichen Kultur wieder auf und erzählt von der Bedeutung ihrer Lieder für ukrainische Identitätsentwürfe. Die »kurze Geschichte des ukrainischen Grenzlandes« diskutiert die Bedeutung der geographischen Lage der Ukraine als Raum imperialer Ansprüche und konkurrierender Nationalbewegung als Erklärung für die enormen Gewalterfahrungen besonders der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Die »kurze Geschichte der Gewalt« nimmt die ganz unterschiedlichen Akteure, die diese Gewalt ausübten, genauer in den Blick. Zum Schluss bietet Hrytsak in der »kurzen Geschichte der ukrainischen Sprache« nicht nur einen knappen Überblick über den Platz des Ukrainischen innerhalb der slavischen Sprachenfamilie, sondern zeigt auch, wie sehr die Sprache in Politik und Krieg politisiert wird.

Spezialist:innen werden vielleicht das ein oder andere vermissen – diese Rezensentin hätte z.B. gerne noch mehr über die allmähliche Integration krimtatarischer und jüdischer Identität in ukrainische Nationsentwürfe gelesen. Wer aber nach einem Gesamtüberblick über die komplexe Geschichte der Ukraine vom Mittelalter bis in die Gegenwart auf dem deutschen Buchmarkt sucht, dem sei dieses Buch empfohlen – zumal Hrytsak auch die Forschungsdebatten souverän überblickt und auf zugängliche Art und Weise zugleich einem nichtwissenschaftlichen Publikum zu vermitteln vermag. Dass es die Totalinvasion der Ukraine gebraucht hat, bis sich ein großer deutscher Publikumsverlag diesem Projekt angenommen hat, ist ein weiterer Ausdruck des enorm russozentrischen Blicks in Deutschland.

Zitierempfehlung

Franziska Davies, Rezension zu: Yaroslav Hrytsak, Ukraine. Biographie einer bedrängten Nation, C.H. Beck, München 2024, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 65, 2025, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82080.pdf>> [26.5.2025].



Jörg Arnold

The British Miner in the Age of De-Industrialization.
A Political and Cultural History

Oxford University Press | Oxford 2024
354 Seiten, Hardback | £35.00
ISBN 9780198887690

reviewed by

Diarmaid Kelliher, University of Glasgow

When were Britain's coal miners? It's easy to think of the industry as a fundamentally Victorian one, the continuous decline of which during the twentieth century reflected an inevitable process of modernisation. Arnold's excellent, engaging new book is a convincing challenge to such views. This is centrally a study of the complex temporal imaginaries that circulated around coal. Arnold argues that the miners' story between the 1960s and 1990s was cyclical, not linear. The miners progressed from losers of history to winners, and back to losers again. This was in part about material realities, about the shifting dynamics of the energy market, technological change, and so on. But it was also about competing perspectives on the meaning of the past and the present, and horizons of expectations for the future. That the residents of Britain's coalfields carried with them a powerful sense of history has been a mainstay, perhaps even a cliché, of the literature. Arnold's sustained attention to, and broader framing of, this subject produces important insights that move us forward significantly. As such, it is a major contribution to our understanding of coal mining in Britain, but more broadly a compelling example of how studying perceptions of time opens up new ways of approaching labour histories.

The British Miner's eight chapters narrow in on individual years between 1967 and 1997. Each deal with roughly similar questions: how was the present state of the industry viewed? How was the past being understood and mobilised? What futures were envisaged? Most straightforwardly, the perspectives of the National Union of Mineworkers (NUM), the National Coal Board (NCB), and politicians are sought out. There is also attention to broader ideas circulating in the public sphere, from journalism and academia to popular culture. Most importantly, Arnold attempts to ascertain the views of miners themselves, which overlapped but were not synonymous with their union's. This is certainly the trickiest task, and Arnold is at times forced to acknowledge the limits of his sources. Nevertheless, he draws on some fascinating material—including miners' fictional and autobiographical submissions to a writing

prize—to explore the lifeworld of the British miner. The book usefully deploys Raymond Williams' »structures of feeling« to interrogate this research, although a little more space could have been dedicated to elucidating what is far from being as self-evident a concept as historians sometimes appear to assume.

In the second half of the 1960s, Arnold argues, coal mining was widely viewed as a relic of the past that was in long-term decline. Collieries were being shut on a substantial scale. Large number of miners made their expectations clear by leaving the industry and seeking alternative employment. This was an individualistic solution. The left within the NUM, however, drew sustenance from the struggles of the interwar period in imagining a more confrontational, collective response to pit closures that could reverse the decline. The two highly successful national strikes of the early 1970s, particularly in 1972, seemed to fulfil this promise. Miners in the early 1970s were initially viewed across the political spectrum with sympathy, which reflected a sense that they had little agency. After the impact of their strikes, the NUM became an object of awe and not a little fear. They were now makers of history, not merely its victims. Partly because of this, but also due to the oil crisis, coal was envisaged to have a future that had seemed unimaginable less than a decade before. As the 1970s progressed, the image of the miners bifurcated. Were they now affluent workers, as the NCB and the right of the NUM tended to view them, with its implication of modernity, individualism and a largely instrumental relationship to the industry? Or were they archetypal proletarians, as the NUM left wanted to view them, committed to the industry itself and collective action to sustain mining communities?

That fear of the miners' industrial power continued to motivate politicians into the early 1980s was exemplified by Thatcher's Conservative government backing down from a potential confrontation in 1981. The disputes of the early 1970s served as inspiration for the NUM left, and a disturbing lesson for the Conservatives. Of course, this was simply a conflict delayed, and in 1984-5 an epic strike against pit closures was defeated. For many contemporary commentators this marked a rupture, a moment when the old succumbed to the inevitable march of progress. Arnold's account is admirably nuanced here, pointing out, for example, that the Conservatives continued to exhibit a wariness about the NUM's power throughout the 1980s, while the broader Left that had supported the strike seemed to accept that the fight was lost. Gradually, the dominant public perception of the miners began to revert to one in which they were underdogs. As the closures continued throughout the 1990s, the dwindling number of coal miners still working largely disappeared from view, while the ex-miner and the depressed former coalfields increasingly drew the attention of film makers, academics and policy makers. The ongoing tension between the miners' uniqueness and their role as representative of something bigger entered a new phase. They became »special« in so far as they represented in concentrated form the disruptive but inevitable impact of deindustrialisation. By 1997, miners only had pasts, not futures.

A popular talking point at any gathering of British mining historians is the need to shift the focus away from the 1984-5 strike, ideally as soon as one's own definitive book on the subject has been published. A central goal of Arnold's work is to reinsert the 1970s into the story in more than a superficial manner. The sense of the miners' power, and the belief that there was a real future for the industry, was not a mere blip. This is a vital contribution. At the same time, Arnold's attempt to decentre 1984-5 by arguing that 1981 was, in fact, the key pivot year feels less convincing. That Thatcher avoided a strike in 1981 reflected a continuation of the worldview shaped by the 1970s; it was 1984-5 that shattered this outlook. Particularly in a book concerned with the political and cultural image of miners, it seems an overcompensation to attach such importance to 1981. By the second half of the 1980s, and through the 1990s—in Arnold's own account—the strike cast a long shadow, while the averted conflict of 1981 was forgotten. Interestingly, the book itself slows down in the 1980s, with the time skipped over between chapters narrowing, before stretching out into the 1990s again. The late 1960s and

1970s aren't presented as mere preamble, nor the 1990s as coda. Nevertheless, the 1980s still figure as the crucial decade.

More substantively, the notion of British coalfield history as »cyclical« rather than »linear« in this period jars a little given—as Arnold obviously knows—there was a mere 22 collieries employing 17,000 miners by 1997, the final chapter of the book, compared to 395,000 men working at 420 pits when the narrative begins in 1967. The decline is undisputable, and undisputed. If we're trying to recreate the worldview of the 1970s, it is of course important that we do so without ahistorically imparting retrospective knowledge. It is also right to avoid a sense of predestination. But we also can't not know what we know. The 1970s did prove to be a temporary retrieve, not an equal turn of the wheel. The coal industry in Britain did come to an end (notwithstanding current plans in Cumbria for a minor revival).

We might add something here, though, if we ask: Where are the coal miners? Arnold briefly mentions coal imports and acknowledges the global intensification of coal mining in the second half of the twentieth century, but these are largely afterthoughts. The trajectory of Britain's coal industry, the book suggests, is unexceptional when compared to the rest of Europe. Yet, the notion of coal as a Victorian industry is most convincingly exposed as a mirage when viewed from a broader international perspective. As Jean-Baptiste Fressoz has written, globally, 95% of coal was mined since 1900, 86% of it outside Europe. Coal extraction grew by 300% in the two decades from 1980, and the greatest number people working in the industry, so far, was during the 2010s.¹ *The British Miner* positions coal's decline, not uncritically, as the archetype of deindustrialisation in both popular and academic narratives. But deindustrialisation itself, as a concept, suffers at times from methodological nationalism. If the historian's job is to make the past seem strange, as Arnold suggests, it is also perhaps to push at the limitations of a temporal imagination constrained by the lens of the nation state.

Zitierempfehlung

Diarmaid Kelliher, Rezension zu: Jörg Arnold, *The British Miner in the Age of De-Industrialization. A Political and Cultural History*, Oxford University Press, Oxford 2024, in: *Archiv für Sozialgeschichte* (online) 65, 2025, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82079.pdf>> [20.5.2025].

¹ Jean-Baptiste Fressoz, *More and more and more. An All-Consuming History of Energy*, London 2024, p. 3.



Anna Graf-Steiner

Brückenbauer im Kalten Krieg.
Österreich und der lange Weg zur KSZE-Schlussakte
(Kriegsfolgenforschung, Bd. 33)

Leykam Universitätsverlag | Graz 2024
320 Seiten, Hardcover | 39,00 €
ISBN 978-3-7011-0501-4

rezensiert von

Wolfgang Schmidt, Bundeskanzler-Helmut-Schmidt-Stiftung, Hamburg

Die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) und ihre am 1. August 1975 unterzeichnete Schlussakte gelten als Höhepunkt der Ost-West-Entspannung in der Zeit des Kalten Krieges. Die KSZE war allerdings nie nur eine Angelegenheit zwischen den beiden Supermächten USA und Sowjetunion oder den von ihnen angeführten Bündnissen NATO und Warschauer Pakt. Dass die 33 europäischen und die beiden nordamerikanischen Teilnehmerstaaten für alle Formulierungen der KSZE-Schlussakte einen Konsens finden mussten, gab auch den neutralen und nicht-paktgebundenen Staaten (N+N-Staaten) die Möglichkeit, aktiv mitzusprechen und vor allem als Vermittler zwischen den Blöcken Einfluss auf die Ost-West-Beziehungen zu nehmen.

Als Urheberin der Konferenzidee war die Sowjetunion über viele Jahre besonders daran interessiert, Unterstützung durch die N+N-Staaten zu erhalten. Welche Politik sie gegenüber dem neutralen Österreich im Hinblick auf die KSZE verfolgte, diese Frage steht im Mittelpunkt der Arbeit von Anna Graf-Steiner, die dafür erstmals auch sowjetische Archivquellen berücksichtigen konnte. Das Buch basiert auf ihrer Dissertation aus dem Jahr 2022, die im Rahmen des vom Ludwig-Boltzmann-Institut für Kriegsfolgenforschung durchgeführten Forschungsprojekts »The Role of the Neutral States in Soviet Foreign Policy Strategy 1969–1975« entstanden ist.

Graf-Steiner zeichnet zunächst sehr ausführlich nach, wie die Sowjetunion die Idee einer gesamteuropäischen Sicherheitskonferenz über viele Jahre propagierte. Erstmals bereits 1954 vorgebracht und anfangs noch ohne Beteiligung der USA gedacht, wollte der Kreml damit ursprünglich die militärische Westintegration der Bundesrepublik Deutschland verhindern, die USA aus Europa herausdrängen und den imperialen Besitzstand der Sowjetunion in Ostmitteleuropa ein für alle Mal vertraglich absichern. Dass der Westen lange Zeit kein Interesse an einer solchen Konferenz zeigte, lag auf der Hand. Bewegung kam erst allmählich auf, als KPdSU-Generalsekretär Leonid Breschnew die Konferenzidee für sich entdeckte und

sie ab Mitte der 1960er-Jahre ins Zentrum seiner entspannungspolitischen Zielvorstellungen rückte.

Die Sowjetunion forderte die neutralen Staaten, vor allem Finnland und Österreich, immer wieder zu aktiver Unterstützung des Vorschlags für eine gesamteuropäische Sicherheitskonferenz auf, den die Warschauer-Pakt-Staaten in der Bukarester Erklärung von Juli 1966 und im Budapester Appell von März 1969 gemeinsam vorlegten. Österreich reagierte zwar positiv auf den Konferenzvorschlag, war aber trotz sowjetischen Drucks nicht bereit, selbst initiativ zu werden. Die seit dem Staatsvertrag von 1955 zur immerwährenden Neutralität verpflichtete Alpenrepublik bemühte sich stets um gute Beziehungen zur Signatarmacht Sowjetunion. Wien achtete jedoch auch immer darauf, sich Moskau außenpolitisch nicht zu sehr anzunähern, um nicht in den Verdacht der »Finnlandisierung« zu geraten. Tatsächlich war es dann auch Finnland und nicht Österreich, das im Mai 1969 die Initiative für die Einberufung der KSZE ergriff.

Sowjetische Klagen und Ermahnungen, Österreich würde seinen neutralen Status verletzen, betrafen indes sehr viel stärker die Bemühungen Wiens um einen Assoziierungsvertrag mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Der Kreml befürchtete vor allem, dass sich Österreich damit wirtschaftlich und politisch zu sehr an die Bundesrepublik Deutschland annähern würde. Doch intern räumte man in Moskau bereits 1970 (und damit früher als bisher bekannt) ein, dass sich aus dem Staatsvertrag von 1955 keine rechtliche Handhabe ableiten ließ, Österreich den Assoziierungsvertrag mit der EWG zu verbieten. Als dieses Zoll- und Handelsabkommen 1972 abgeschlossen wurde, leistete der Kreml auch keinen Widerstand mehr.

Die österreichisch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen nehmen im Buch breiten Raum ein. Österreich, das bis Ende der 1960er-Jahre wichtigster Handelspartner der Sowjetunion außerhalb des RGW war, habe als »Eisbrecher«, »Brücke« und »Modell« für den Ost-West-Handel fungiert, so Graf-Steiner. 1968 war Österreich das erste marktwirtschaftlich ausgerichtete Land, in das sowjetisches Gas floss. Als sich jedoch der Wirtschaftsaustausch zwischen Ost und West zu Beginn der 1970er-Jahre deutlich ausweitete, wurde – nicht überraschend – die ökonomisch vielfach stärkere Bundesrepublik Deutschland rasch der wichtigste westliche Handelspartner der Sowjetunion.

Falsch liegt Graf-Steiner allerdings mit dem Satz, dass »die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Moskau und Bonn [...] im Moskauer Vertrag 1970 nach dem Modell der sowjetisch-österreichischen Erdgas-Röhren-Verträge formal geregelt« (S. 258) worden seien. Das im Februar 1970 vereinbarte deutsch-sowjetische Erdgas-Röhren-Geschäft, das von der sozial-liberalen Bundesregierung politisch unterstützt, jedoch weder von ihr initiiert noch von ihr abgeschlossen wurde, folgte zwar dem österreichischen Vorbild. Aber es war kein Bestandteil des deutsch-sowjetischen Vertrags vom 12. August 1970, den Egon Bahr und Andrej Gromyko aushandelten. Es waren politische Interessen und Gründe und nicht der Wunsch nach sowjetischem Erdgas, die Bonn dazu brachten, mit dem Moskauer Vertrag die Oder-Neiße-Linie als Westgrenze Polens sowie die Grenze zwischen der Bundesrepublik und der DDR als unverletzlich anzuerkennen.

Erkenntnisse darüber, wie die Sowjetunion das Wirken der österreichischen Delegation während der KSZE-Verhandlungen in Genf und Helsinki bewertete, konnte Graf-Steiner leider nicht gewinnen, weil die bekannten sowjetischen Akten dazu nichts enthalten. Über die Rolle Österreichs bei der KSZE erfährt man in ihrem Buch daher im Grunde wenig, das über die Standardwerke hinausgeht.¹ Die österreichischen Diplomaten konnten in den multilateralen Vorverhandlungen 1972 als großen Erfolg verbuchen, dass ihr Vorschlag für die Präambel des Korbs III (Humanitäre Fragen) angenommen wurde. Österreichs Delegation legte zudem einen Text für Familienzusammenführungen vor und spielte auch im Weiteren eine wichtige Rolle als

¹ Vgl. Benjamin Gilde, *Österreich im KSZE-Prozess 1969–1983. Neutraler Vermittler in humanitärer Mission*, München 2013; Thomas Fischer, *Neutral Power in the CSCE. The N+N States and the Making of the Helsinki Accords 1975*, Baden-Baden 2009.

Vermittler und Koordinator in den schwierigen Verhandlungen über Korb III. Am mühevollen Ringen um Konsensformulierungen zeigte Bundeskanzler Bruno Kreisky allerdings fast kein Interesse. 1972 scheiterte er kläglich mit seinem Vorschlag, auch das Thema Frieden und Sicherheit im Nahen Osten in die KSZE-Beratungen einzubeziehen. Bei den multilateralen Vorgesprächen unterstützte kein anderer Teilnehmerstaat diese Idee. Ab Sommer 1974 drängte Kreisky dann auf das Ende dessen, was er abschätzig als »weitere Diplomatenkonferenz« (zit. nach S. 154) bezeichnete. Er sprach sich für die baldige Einberufung eines Abschlusstreffens auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs aus und kam damit zum Entsetzen des Außenministeriums einer Forderung der Sowjetunion weit entgegen.

Spannend wird es im Schlusskapitel, in dem Graf-Steiner in einem Exkurs die Frage erörtert, ob es einen »Helsinki-Effekt« gab, die KSZE also langfristig den Zusammenbruch der kommunistischen Systeme in Ostmitteleuropa und der Sowjetunion bewirkt habe, oder es sich dabei nur um einen »Helsinki-Mythos« handle. Die Autorin, die schon in der Einleitung vom »geschichtsverfälschenden Bild eines ›Helsinki-Effekts‹« (S. 27) spricht, hält die Erzählung von den bahnbrechenden Wirkungen des Korbs III der KSZE-Schlussakte für einen Mythos. Sie beruft sich explizit auf Einschätzungen sowjetischer Dissidenten, wenn sie erklärt, die Sowjetunion habe 1975 letztlich alles bekommen, was sie wollte, nämlich die Festschreibung des Status quo und damit die Anerkennung ihrer Hegemonie in Osteuropa. In puncto Menschenrechte habe Moskau aber keines der Versprechen von Helsinki eingelöst, sondern im Gegenteil in der Folge die politische Verfolgung Andersdenkender noch verschärft. Dass die Sowjetführung zu Liberalisierungen nicht bereit gewesen sei, hätte der Westen erkennen können, ja müssen, so Graf-Steiner.

Ihr ist zuzustimmen, wenn sie schreibt, dass die KSZE nicht das Trojanische Pferd war, mit dem der Westen durch Korb III geplant und zielstrebig seine Ideen von Demokratie und Menschenrechten in den Osten hineingetragen hätte, um das Ende der kommunistischen Regime herbeizuführen (S. 237). Es lässt sich auch keine gerade Linie von der Bonner Ostpolitik über die KSZE bis zum Fall der Berliner Mauer und zur Wiedervereinigung Deutschlands ziehen. Doch einige wichtige Aspekte bleiben in ihrer Betrachtung leider unterbelichtet. »Unverletzlichkeit« der Grenzen in Europa hieß eben nicht »Unveränderbarkeit«, wie sie der Kreml schon 1970 bei den Verhandlungen über den Moskauer Vertrag vergeblich angestrebt hatte. Vielmehr wurde in die KSZE-Schlussakte bekanntlich die Formel aufgenommen, dass Grenzen friedlich und nach Vereinbarung geändert werden durften. Das Offenhalten dieser Möglichkeit war imminent wichtig und nicht zuletzt ein Verdienst der sozial-liberalen Regierung Schmidt/Genscher, die dabei natürlich die Aufhebung der innerdeutschen Grenze vor Augen hatte. Der Status quo und die sowjetische Vorherrschaft über Osteuropa wurden 1975 also nicht dauerhaft festgeschrieben und vom Westen auch niemals als endgültig anerkannt. Auch wenn die Helsinki-Schlussakte und die KSZE-Folgekonferenzen nicht unmittelbar den Zusammenbruch der kommunistischen Regime herbeigeführt haben, so spricht mindestens sehr viel dafür, dass deren Kollaps ohne den KSZE-Prozess weniger friedlich verlaufen wäre.

Zitierempfehlung

Wolfgang Schmidt, Rezension zu: Anna Graf-Steiner, Brückenbauer im Kalten Krieg. Österreich und der lange Weg zur KSZE-Schlussakte, Leykam Universitätsverlag, Graz 2024, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 65, 2025, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82078.pdf>> [20.5.2025].



Maria Alexopoulou

Rassistisches Wissen in der Transformation der
Bundesrepublik Deutschland in eine
Einwanderungsgesellschaft 1940–1990
(Studien zu Ressentiments in Geschichte und
Gegenwart, Bd. 9)

Wallstein Verlag | Göttingen 2024
454 Seiten, gebunden | 48,00 €
ISBN 978-3-8353-5761-7

rezensiert von

Stephanie Zloch, Technische Universität Dresden

Maria Alexopoulou ist mit zahlreichen Aufsätzen und einer Monografie zum Themenkomplex Rassismus, Migration und Wissen hervorgetreten¹ und hat nun in ihrer Mannheimer Habilitationsschrift die wichtigsten Thesen und Erkenntnisse in gebündelter Form vorgelegt. In einem engagierten Einstieg wendet sie sich gegen weite Teile der bundesdeutschen Zeitgeschichtsschreibung, zu deren Masternarrativen Liberalisierung, gelungene Vergangenheitsbewältigung und geglückte Demokratisierung sowie die Annahme einer »post-rassistischen Gesellschaft ohne Rassismus« (S. 9) zählten. Das Sprechen über »race« sei nach 1945 allenfalls im Kontext einer »Amerikanisierung des Rassismus« (S. 40) erfolgt. Historiografisch sei lange Zeit die Illusion von einer Voraussetzungslosigkeit der bundesdeutschen »Ausländerpolitik« genährt worden, wozu auch erinnerungskulturelle Würdigungen der deutsch-italienischen und deutsch-türkischen Anwerbeabkommen von 1955 bzw. 1961 beigetragen hätten. Gegen diese Illusion argumentiert Alexopoulou, dass es für rassistisches Wissen weder eine »Stunde Null« im Jahr 1945 gegeben habe, noch einen Umbruch in den 1970er-Jahren, nach dem eine weitergehende innere Demokratisierung der Bundesrepublik den Überresten der NS-Vergangenheit ein Ende bereitet habe. Sie sieht vielmehr die Rassismusforschung als geeigneten Ansatz, um systematisch die bundesdeutsche Geschichte und Gesellschaft zu analysieren. Rassismus und rassistisches Wissen sind demnach nicht lediglich Teilaspekte des Rechtsextremismus, sondern integraler Bestandteil einer multiperspektivischen Geschichte der Bundesrepublik.

Konzeptionell setzt Alexopoulou auf die Wissensgeschichte und komplementär hierzu auf die *Ignorance Studies*. Die Bedeutung von Ignoranz zeigt sie am Beispiel der Sozialwissenschaften auf: Diese hätten Hass und Diskriminierung gegen Migrant:innen neu gefasst, erklärt und

¹ Maria Alexopoulou, Deutschland und die Migration. Geschichte einer Einwanderungsgesellschaft wider Willen, Ditzingen 2020; dies., Vom Nationalen zum Lokalen und zurück? Zur Geschichtsschreibung in der Einwanderungsgesellschaft Deutschland, in: Afs 56, 2016, S. 463–484.

benannt, insbesondere in den Konzepten »Ausländerfeindlichkeit« und »Xenophobie«; dadurch seien aber Kontinuitäten des rassistischen Wissens verschleiert worden. In Anlehnung an Linda Martín Alcoff² beschreibt Alexopoulou Ignoranz als »epistemisches Vehikel«, durch das »Rassismus in seinen multiplen Wirkweisen auch in einem vermeintlich postrassistischen System aufrechterhalten wird« (S. 36). Der Fokus der Studie liegt allerdings nicht auf einer Wissenschafts- oder Ideengeschichte, sondern auf einem praxeologischen *doing racism*. Rassismus resultiert dabei nicht aus planvollem Vorgehen, sondern aus zahllosen Praktiken, für die Alexopoulou Begriffe wie »Fuzzylogik«, »Black Boxen« und »Puzzleteile« verwendet. Operationalisiert wird dies anhand der Lokal- und Alltagsgeschichte Mannheims, die durch den Einbezug von Entwicklungen auf bundespolitischer Ebene sowie in anderen deutschen Städten eine angemessene Kontextualisierung erfährt. Als Quellen dienen Akten der Mannheimer Stadtverwaltung, des Bundesinnenministeriums und anderer Bundesministerien, baden-württembergischer Landesministerien sowie Interviews, die Alexopoulou sowohl mit Migrant:innen als auch Kommunalpolitiker:innen geführt hat.

Den Auftakt des empirischen Teils der Studie bildet ein kurzes Kapitel mit dem Titel »Kontinuitäten«. Schlaglichtartig wird als Beispiel für rassistische Wissenszirkulation über politische Zäsuren hinweg Gerhard Rose vorgestellt, der langjährige Abteilungsleiter des Gesundheitsamts Mannheim nach 1945, der während der NS-Zeit in der medizinischen und sozialhygienischen Überwachung von Zwangsarbeiter:innen tätig war.

Das erste Hauptkapitel unterbreitet mit »Passagezeit« einen ebenso eingängigen wie plausiblen Bezeichnungsvorschlag für die migrationshistorische Phase von den letzten Jahren des Nationalsozialismus bis in die Anfangsjahrzehnte der Bundesrepublik. Alexopoulou vertritt die These, dass im Umgang mit DPs, schwarzen GIs und ausländischen Flüchtlingen das Setting gesetzt worden sei, das später den Umgang mit Arbeitsmigrant:innen und Asylsuchenden prägte. Der Kampf um den raren Wohnraum und die vermeintlich höhere Kriminalität von DPs sind als Themen der Nachkriegsgeschichte nicht gänzlich neu, werden hier aber für das Beispiel Mannheim erstmals gründlich aufgearbeitet. Überzeugend ist die im Anschluss an Anna Holian³ formulierte These, dass der Verweis auf eine höhere Kriminalität der DPs eine Entlastungsstrategie bedeutete, um von der deutschen NS-Vergangenheit abzulenken. Ein historiografisch noch wenig untersuchtes Feld betritt Alexopoulou mit der Anerkennung des Aufenthalts und der Einbürgerung von Migrant:innen. So war der Status »heimatlose Ausländer« formal privilegiert, doch behördliches Ermessen führte zu restriktiven Praktiken, die lange Zeit an der Ausländerpolizeiverordnung von 1938 orientiert waren; immerhin war in der Bundesrepublik der Klageweg vor dem Verwaltungsgericht möglich.

Das zweite Hauptkapitel behandelt den Wandel rassistischen Wissens: Es »fand neue Gefäße, Black Boxen, bekam neue Namen, wurde Teil anderer Konzeptionen und Wissensordnungen, die es normalisierten.« (S. 199) Auf diese Weise wurde Ignoranz befördert, die dazu führte, dass Konjunkturen rassistischer Gewalt um 1980 und 1992/93 als situativ entstandene Ereignisse wahrgenommen wurden. Demgegenüber zeigt Alexopoulou das alltägliche *doing racism* im Lebensbereich Wohnen auf und argumentiert, dass ein Rassialisierungsprozess stattfand, indem aus der Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt zunächst ein soziales Defizit und dann auch eine »wesenhaft-kulturell bedingte Eigenschaft der Ausländer« konstruiert wurde (S. 228). Eng mit den Komplexen Wohnen und Aufenthaltstitel verknüpft kommt die Situation von Asylsuchenden in Mannheim zur Sprache. Dabei lenkt Alexopoulou den Blick auf die bislang medial und historiografisch im Vergleich zu den Pogromen von Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen kaum beachtete tagelange Belagerung eines Übergangswohnheims durch Mannheimer:innen im Stadtteil Schönau 1992.

² Linda Martín Alcoff, *Epistemologies of Ignorance. Three Types*, in: Shannon Sullivan/Nancy Tuana (Hrsg.): *Race and Epistemologies of Ignorance*, Albany 2007, S. 39–57.

³ Anna Holian, *A Missing Narrative. Displaced Persons in the History of Postwar West Germany*, in: Cornelia Wilhelm (Hrsg.), *Migration, Memory, and Diversity. Germany from 1945 to the Present*, New York/Oxford 2017, S. 32–55.

Das dritte und letzte Hauptkapitel widmet sich migrantischen politischen Organisationen und Forderungen nach einem kommunalen Wahlrecht für Ausländer:innen. Letzteres wurde lange mit Verweis auf einen herkunftshomogenen deutschen Volksbegriff abgelehnt, doch stellten innen- und kommunalpolitische Akteure ab den 1980er-Jahren die Erlangung der deutschen Staatsangehörigkeit als Möglichkeit für politische Partizipation in Aussicht. Zu Recht widmet sich Alexopoulou daher erneut Fragen der Einbürgerung und der »undurchdringlichsten aller bisher betrachteten Black Boxen, der Ermessenseinbürgerung« (S. 367). Hier kann sie auf der Basis unveröffentlichter oder sogar geheim gehaltener Richtlinien und Erlasse ein starkes Nachwirken der NS-Volkstumspolitik samt all ihrer inneren Widersprüche herausarbeiten. Dieses Kapitel stellt die bislang detaillierteste historiografische Auseinandersetzung mit Recht und Praxis von Staatsangehörigkeit in der Bundesrepublik dar und weist überzeugend nach, wie eindeutig hier rassistische Wissensbestände und nicht lediglich ethnisch-kulturelle Prägungen transportiert wurden.

Das Fazit der Arbeit unterstreicht, dass rassistisches Wissen historisch wandelbar sei und Teil anderer Wissensordnungen werden könne, dabei aber zugleich seine Substanz bewahre. Immerhin hätten die von Rassismus Betroffenen in der Bundesrepublik durch Demokratisierung, Verrechtlichung und Internationalisierung Handhaben zu ihrer Gegenwehr entwickeln können. Nach diesem Hinweis auf ein Thema, das in ihren Ausführungen bis zu dieser Stelle der Arbeit eine eher untergeordnete Rolle gespielt hatte, bemüht sich Alexopoulou um eine Klarstellung in einem weiteren Punkt: Der NS-Rassismus sei nicht das *tertium comparationis* für jeglichen Rassismus, den es in Deutschland oder global zu einem bestimmten Zeitpunkt gegeben habe, sondern vielmehr seine extremste Ausprägung. Daher seien Versuche, Shoah und Alltagsrassismus in der Bundesrepublik zu vergleichen, »zweifelsohne absurd« (S. 403). Diese Feststellung nimmt dem zeitlichen Ausgangspunkt des Buches, der im Titel mit dem Jahr 1940 angegeben ist, etwas von seiner argumentativen Wirkung. Generell wird die Zeit des Nationalsozialismus zwar in Rückblenden und Bezugnahmen aufgegriffen, ohne dass aber eine detaillierte Untersuchung der Weltkriegs- und Holocaustjahre erfolgt. Daher wäre die Eingrenzung des Untersuchungszeitraums der Studie treffender mit 1945 bis 1992 gefasst.

Anzumerken ist auch, dass Alexopoulou mit Wohnen und Aufenthalt/Staatsbürgerschaft auf Themen fokussiert, anhand derer sich rassistisches Wissen und daraus resultierende Praktiken sehr eindrücklich zeigen lassen. Lebensbereiche wie Arbeit oder Bildung, die auch Möglichkeiten des sozialen Aufstiegs bieten konnten, geraten dagegen kaum in den Blick. Hat dort rassistisches Wissen eine andere, womöglich geringere Wirkung entfaltet? Gerade für den Bildungsbereich verwundert diese Auslassung etwas, da Mannheim zeitweise mit der Einrichtung von »Ausländerklassen«, die gar als »Mannheimer Modell« galten, bundesweite Aufmerksamkeit erregt hat. Unklar bleibt schließlich die Rolle des Konzepts *ethnicity*, dem Alexopoulou skeptisch gegenübersteht, ohne dies eingehender zu begründen. Hier ist Raum für weitere Forschungsdiskussionen.

Diese Anmerkungen sollen die großen Verdienste der Verfasserin nicht schmälern. Maria Alexopoulou hat ein Werk vorgelegt, das auf sehr vielen Ebenen überzeugt und anregt. Lobend hervorzuheben ist etwa die große Vertrautheit mit der amerikanischen und britischen Rassismusforschung, deren Theorieangebote sie präzise für die Situation in Deutschland zu übersetzen weiß. Vor allem aber gelingt es ihr in bewundernswerter Weise, einen engagierten Duktus und politische Gegenwartsbezüge mit einem sorgfältigen und hochreflektierten Quellenstudium zu kombinieren. So bleibt nach der Lektüre eindrücklich hängen, wie Alexopoulou aus Stichproben von Verwaltungs- und Gerichtsakten »migrantische Kleinbiografien« (S. 51) rekonstruiert. Zum Thema Aufenthalt und Einbürgerung kann sie viel Unbekanntes zutage fördern und setzt Maßstäbe für künftige Forschungen. Alexopoulous Werk ist in der bundesdeutschen Zeitgeschichtsforschung weite Verbreitung und Anerkennung zu wünschen.

Zitierempfehlung

Stephanie Zloch, Rezension zu: Maria Alexopoulou, Rassistisches Wissen in der Transformation der Bundesrepublik Deutschland in eine Einwanderungsgesellschaft 1940–1990, Wallstein Verlag, Göttingen 2024, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 65, 2025, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82077.pdf>> [20.5.2025].

Tatjana Tönsmeier



Tatjana Tönsmeier

Unter deutscher Besatzung.
Europa 1939–1945

C.H. Beck | München 2024
652 Seiten, Hardcover | 38,00 €
ISBN 978-3-406-81735-9

rezensiert von

Markus Roth, Fritz Bauer Institut, Frankfurt am Main

Es ist ein großes Unterfangen, auf nur 500 Seiten die Geschichte Europas und seiner Menschen unter deutscher Besatzung von 1939 bis 1945 erzählen zu wollen. Es gilt, eine Vielzahl verschiedener historischer Kontexte und Vorgeschichten, ein verschlungenes Knäuel unterschiedlicher Perspektiven und Prägungen, zahlreiche wechselseitige Einflüsse und vieles mehr nicht nur im Blick zu behalten, sondern auch zu ordnen, zu analysieren und verständlich darzustellen – das alles vor dem Hintergrund einer inzwischen diversifizierten und hoch spezialisierten Forschung in allen erdenklichen Sprachen. Tatjana Tönsmeier von der Bergischen Universität Wuppertal hat sich vor Jahren auf diese Herausforderung eingelassen und jüngst mit dem hier zu besprechenden Band ihr Ergebnis vorgelegt. Das allein verdient Anerkennung und Respekt.

Leider, so muss man sagen, ist der Band immer noch das Buch der Stunde, unternimmt die Autorin doch den Versuch, den Leserinnen und Lesern verständlich zu machen, was Besatzung für die Menschen bedeutete, die in den besetzten Ländern lebten. Wie die Autorin zum Schluss mit Blick auf die heutige Lage vieler Menschen in der Ukraine unterstreicht, zeigt sie damit »eine Vergangenheit, die nicht vollkommen anders ist; spezifische Ähnlichkeiten drängen sich zum Teil geradezu auf« (S. 506). Sie hofft daher, mit dem Buch »Resonanzräume in der Gegenwart« (ebd.) aufzuschließen. Dies ist nach Auffassung des Rezensenten auch dringend notwendig und zwar gerade in Deutschland. Das Buch kann mit Blick auf die Gegenwart das tiefgreifende Besatzungstrauma, das Menschen in der Ukraine und überall in Europa während des Zweiten Weltkriegs erlitten haben, sichtbar und verständlich machen. In Deutschland, wo viele Menschen lange Zeit und bis heute die Folgen eines Kriegstraumas spüren, wurde und wird dieser zentrale Teil der NS-Geschichte oft ausgeblendet, was Folgen für den Diskurs über die heutige Ukraine- und Russlandpolitik hat.

Doch jenseits dieser gegenwartspolitischen Bedeutung, die das Buch zweifellos hat (ohne dass die Autorin vordergründige Parallelisierungen vornimmt), ist es auch in historischer Perspektive

eine verdienstvolle Studie. Im Unterschied etwa zu Mark Mazower in seinem Buch über »Hitlers Imperium«¹, stellt Tönsmeier die Erfahrungen, Wahrnehmungen und Selbstdeutungen der Menschen in den besetzten Ländern in den Mittelpunkt und fragt nach ihren Handlungsmöglichkeiten, nach Normalität und Ausnahmezustand, nach Strategien des Überlebens, dem Verhalten der Menschen den Besatzern sowie Verfolgten gegenüber und auch nach ihren Gefühlen. Dabei stützt sie sich auf Zeugnisse aus ganz Europa. Eine Reihe von Menschen, die während dieser Zeit Tagebuch schrieben, begleitet die Leserinnen und Leser durch den gesamten Band: Mirjam Bolle aus Amsterdam, Chaim Kaplan in Warschau, Zygmunt Klukowski in der ostpolnischen Provinz, Hélène Berr in Paris und andere mehr. Mit diesen nichtjüdischen wie jüdischen Stimmen macht Tönsmeier nicht nur ihre Darstellung anschaulich, sie gewinnt aus diesen und weiteren Quellen auch zentrale Erkenntnisse für ihre Studie

Tönsmeier hat das Buch in zehn thematische Kapitel unterteilt. Behandelt werden die Ankunft der deutschen Besatzer, die besetzten Gesellschaften, das Verhältnis zwischen Besatzern und Besetzten, Versorgung und Hunger, das Zuhause, Arbeit, einheimische Verwaltungen, die bürokratische Kontrolle des Alltags, Inklusion und Exklusion sowie Verweigerung und Widerstand. Jedes dieser Kapitel leitet die Autorin mit drei richtunggebenden Zitaten aus zeitgenössischen Zeugnissen ein.

Dieser thematische Aufbau bietet sich bei der gewählten Perspektive an. Er bringt neben den Vorzügen aber auch Nachteile mit sich. Das gravierendste Problem betrifft die Orientierung und das auf mehreren Ebenen. Für Leserinnen und Leser, die nicht mit den Entwicklungslinien deutscher Besatzungsherrschaft vertraut sind, dürfte es nicht immer einfach sein, den räumlichen und zeitlichen Sprüngen, mitunter zwischen zwei Absätzen, zu folgen. Dies aufzufangen und erklärend einzuhegen, gelingt nicht immer, würde die Darstellung auch unweigerlich sperriger machen. Womöglich hätten einige Karten hier etwas Abhilfe schaffen können, ist doch häufig von Orten die Rede, die deutschen Leserinnen und Lesern nicht immer vertraut sein dürften. Die in der Umschlaginnenseite abgedruckte Karte Europas von 1942 jedenfalls kann Orientierung nur auf Länderebene bieten. Auch Namens- und Ortsverzeichnisse könnten mitunter hilfreich sein, fehlen jedoch leider im Buch.

Diese kritischen Einwände schmälern den Gewinn des Buches jedoch kaum, liegt doch das Anliegen der Autorin und die Bedeutung des Bandes vor allem darin, die Erfahrungs- und Alltagsgeschichte der Menschen unter deutscher Besatzung zu untersuchen und zu zeigen, was Besatzung mit Menschen macht. Neben vielen grundsätzlichen Ähnlichkeiten zwischen den verschiedenen Regionen Europas im Hinblick auf Hungererfahrungen, Enge, Zerstörungen, Vertreibung etc. gibt es doch einen eklatanten Unterschied zwischen West- und Nordeuropa auf der einen und Ost- und Südosteuropa auf der anderen Seite – das betont Tönsmeier immer wieder. »Im Osten« herrschte ein viel schärferes Besatzungsregime, wurden die Menschen von den deutschen Besatzern als »rassisch« minderwertig kategorisiert und in Teilen als »unnütze Esser« betrachtet, die perspektivisch einer Germanisierung des Raumes zu weichen hätten. Dementsprechend manifestierten sich hier der Hunger und andere Notlagen existenzieller, waren die Handlungsmöglichkeiten enger, Terror und Massenmord präsenter. Und doch mussten auch dort die Menschen immer wieder Entscheidungen fällen und sich zu den Besatzern ebenso wie zu ihren Mitmenschen verhalten.

In diesen sozialen Interaktionen und Konstellationen, das zeigt Tönsmeier ebenso anschaulich wie beharrlich, gibt es selten einfache und übersichtliche Dichotomien zwischen Unterdrückern und Unterdrückten, Tätern und Opfern, Besatzern und Besetzten, auch wenn Besatzung immer asymmetrisch war. Die komplexen sozialen Interaktionsgefüge macht Tönsmeier an vielen Stellen anschaulich und nachvollziehbar. Es geht ihr nicht um eine abstrakte Darstellung der großen Zahlen und Dimensionen der Gewalt, auch wenn sie deren Bedeutung freilich nicht abstreitet, sondern vor allem darum, was die für Besatzungsherrschaft prägende Gewalt »mit denen macht, die sie erleben mussten, vor deren Augen sie geschah« (S. 491). Diese individuelle

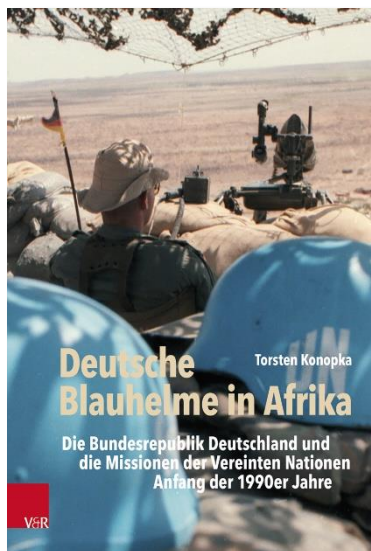
¹ Mark Mazower, *Hitlers Imperium*. Europa unter der Herrschaft des Nationalsozialismus, München 2009.

und existenzielle Seite steht im Mittelpunkt, sie macht die kollektive und gesellschaftliche Erfahrung und Dimension sichtbar und verstehbar. Dabei legt Tönsmeier Wert darauf, Emotionen, die eine riesige Rolle spielten, und ihre Bedeutung aufzuzeigen – Anspannung, Angst, Schmerz, besonders aber auch das Gefühl der Machtlosigkeit und des Ausgeliefertseins. All diese Gefühle prägten in hohem Maße den Alltag und das Verhalten der Menschen unter deutscher Besatzung.

Es ist – bei aller möglichen Detailkritik – Tönsmeiers großes Verdienst, dass sie sich in ihrem Buch ganz auf die zentrale Frage konzentriert, was es hieß, unter deutscher Besatzung leben zu müssen. Dafür nimmt sie Lücken in der Darstellung historischer Abläufe in Kauf, die bei einer solchen Herangehensweise in der Tat weitgehend unerheblich sind. Es ist an der Zeit, rational wie emotional zur Kenntnis zu nehmen, was deutsche Besatzung in Europa konkret für Menschen bedeutete, und diese klaffende Lücke in der viel gepriesenen deutschen Erinnerungskultur endlich zu schließen. Für die Forschung sollte Tönsmeier breiter Überblick ein weiterer Anstoß sein, die teilweise immer noch frappierenden Desiderata anzugehen.

Zitierempfehlung

Markus Roth, Rezension zu: Tatjana Tönsmeier, Unter deutscher Besatzung. Europa 1939–1945, C.H. Beck, München 2024, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 65, 2025, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82076.pdf>> [14.5.2025].



Torsten Konopka

Deutsche Blauhelme in Afrika.
Die Bundesrepublik Deutschland und die
Missionen der Vereinten Nationen Anfang der
1990er Jahre
(Bundeswehr im Einsatz, Bd. 5)

Vandenhoeck & Ruprecht | Göttingen 2023
780 Seiten, gebunden | 65,00 €
ISBN 978-3-525-30239-2

rezensiert von

Hubert Zimmermann, Philipps-Universität Marburg

Die vorliegende, als Dissertation an der Universität Potsdam entstandene Monografie nimmt die bundesdeutschen Beteiligungen an den Missionen der Vereinten Nationen unmittelbar nach dem Ende des Kalten Kriegs in den Blick. In diesen Jahren erfuhr die Weltorganisation eine rapide Bedeutungszunahme, die sich vor allem auf das Ende der Supermächte-Blockade zurückführen lässt. So kam es in den 1990er-Jahren zu einer enormen Ausweitung von friedenssichernden und friedenschaffenden Blauhelm-Missionen mit den Zielen der sicherheitspolitischen Stabilisierung *von* und des humanitären Schutzes *in* Krisengebieten. Die Bundesrepublik, die der UNO 1973 beigetreten war, hatte schon damals ihre Bereitschaft erklärt, ›Verantwortung‹ zu übernehmen. Sie sah sich seitdem, und nach der Wiedervereinigung erst recht, mit entsprechenden Forderungen konfrontiert. Dabei boten die Blauhelm-Einsätze eine relativ niedrigschwellige Möglichkeit, Flagge zu zeigen. Dies gilt jedenfalls für die in der Studie dargestellten Missionen, die mit der Ausnahme des Falls Somalia allesamt nur sehr geringe personelle und finanzielle Anforderungen aufwiesen und auch nicht die Bundeswehr an sich involvierten, sondern den Bundesgrenzschutz oder abgeordnete Polizeikräfte. Nichtsdestotrotz waren alle dieser Einsätze aufgrund vieler praktischer, rechtlicher und politischer Bedenken umstritten. Die vorliegende Studie konzentriert sich auf die ersten Einsätze sowie deren Vorgeschichte und diskutiert auch Fälle, bei denen sich Deutschland nicht beteiligt hat. Nach Ablauf der 30-Jahresfrist sind viele der archivalischen Bestände zu diesen Vorgängen jetzt offen zugänglich und der Autor hat sie umfassend ausgewertet.

Als theoretische Folie für die Analyse der ersten Blauhelmeinsätze unter deutscher Beteiligung dient dem Autor Graham T. Allison's bekanntes und schon vor viele Jahrzehnten entwickeltes Modell bürokratischer Politik, mit dem der amerikanische Politikwissenschaftler seinerzeit die Entscheidungsfindung der Kennedy-Regierung während der Kubakrise analysierte.¹ Dieses

¹ Graham T. Allison, *Essence of Decision. Explaining the Cuban Missile Crisis*, Boston 1971.

Modell richtet den Blick insbesondere auf die Dynamik von Aushandlungsprozessen derjenigen Regierungsakteure, die an den jeweiligen Entscheidungen beteiligt sind, und weg vom Bild eines einheitlichen nationalen Interesses, welches von Regierungen vertreten wird. Solche Aushandlungsprozesse lassen sich methodisch sauber durch die Auswertung von Archivbeständen sowie gegebenenfalls Zeitzeugeninterviews nachvollziehen.

Die Dissertation leistet eine enorme zeitgeschichtliche Pionierarbeit. Zum ersten Mal werden die interministeriellen Entscheidungsfindungsprozesse der deutschen Beteiligung an den Blauhelmissionen der frühen 1990er-Jahre detailliert nachvollziehbar. Allerdings verliert sich die Arbeit im offenbaren Bemühen, auch tatsächlich alle konsultierten Dokumente zu zitieren, teilweise etwas sehr im Detail, wie beispielsweise den zu bewältigenden Problemen, mit denen sich die bei den Missionen eingesetzten Automechaniker konfrontiert sahen, oder den alltäglichen Schwierigkeiten der Soldaten vor Ort, wie Hitze, Staub etc. Die Fallstudien, wie auch das Buch insgesamt, geraten dadurch sehr lang: So hat allein das Kapitel zum Einsatz in Somalia 1992–94 mit 230 Seiten die Länge einer eigenständigen Monografie und die Anzahl der Fußnoten im gesamten Buch beträgt nahezu 5000.

Dessen ungeachtet treten die großen Linien und auch die Probleme der Entscheidungsfindung deutlich zutage. Schon bei der ausführlich dargestellten Vorgeschichte der ersten deutschen Einsätze in den 1970er- und 1980er-Jahren wurde der Hang der deutschen Ministerialbürokratie zu risikoaverser Bedenkenträgerei und zu komplexen rechtlichen Abwägungen offensichtlich. Hier kann die Studie zudem zeigen, dass die Thematik der politischen und rechtlichen Möglichkeiten für eine Entsendung von deutschen Blauhelmen in diesen Jahren viel intensiver diskutiert wurde, als bisher bekannt war, wenn auch aufgrund der vorherrschenden Interpretation von Art. 87a des Grundgesetzes, wonach ein Einsatz deutscher Soldaten in Fällen, die nicht der unmittelbaren Landesverteidigung dienen, ausgeschlossen war, die Debatte immer wieder ergebnislos endete.

Allerdings geriet die deutsche Politik der Zurückhaltung sowohl von Seiten der Vereinten Nationen als auch der deutschen Verbündeten in der NATO immer wieder unter Druck. Insbesondere die nur finanzielle, nicht aber militärische Beteiligung an der Befreiung Kuwaits 1991, die im Nachhinein als ein Freikaufen von deutscher Verantwortung interpretiert wurde, führte dazu, dass nun vermehrt nach Möglichkeiten gesucht wurde, deutsches Engagement auch vor Ort zu zeigen. So kam es noch vor dem richtungsweisenden Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1994, das Auslandseinsätze mit Parlamentsvorbehalt erlaubte, zu einigen Beteiligungen, von denen vor allem der Einsatz in Somalia herausragt. Dieser und kleinere Einsätze in Afrika (Namibia, Westsahara, Ruanda) werden in der Studie kontextreich und sehr nahe an den Quellen beschrieben.

Das Buch zeichnet so ein beeindruckendes Bild der komplexen bürokratischen und juristischen Erwägungen, mit denen sich die Politik konfrontiert sah, aber auch der oft eklatant mangelnden Koordination zwischen den beteiligten Ministerien (eine Problematik, die jedem, der sich mit der deutschen Ukrainepolitik, mit dem Abzug aus Afghanistan und anderen zentralen Themen der deutschen Außenpolitik beschäftigt, nur zu bekannt ist). Deutlich wird insbesondere, dass die deutsche Position keinesfalls dem gerade in den Politikwissenschaften oft verkürzt dargestellten Bild einer sogenannten »Zivilmacht« entspricht, die aufgrund historischer Erfahrungen sich generell ablehnend zu militärischen Einsätzen verhielt.² Vielmehr handelte es sich um ein stark umstrittenes Politikfeld, in dem in den jeweiligen Bundesregierungen immer wieder einzelne Ressorts entweder eine Antreiberrolle übernahmen (hier vor allem das Verteidigungsministerium) oder aber sich als Bremser betätigten (beispielsweise das Außenministerium unter Hans-Dietrich Genscher). Allerdings mussten sich die entsprechenden Akteure auch immer mit einer öffentlichen Meinung auseinandersetzen, die einer

² Vgl. Hanns W. Maull, Deutschland als Zivilmacht, in: Siegmund Schmidt/Gunther Hellmann/Reinhard Wolf (Hrsg.), Handbuch zur deutschen Außenpolitik, Wiesbaden 2007, S. 73–84.

weitergehenden Verantwortungsübernahme Deutschlands in den internationalen Beziehungen im Grunde bis heute skeptisch gegenübersteht.

Insgesamt hat der Potsdamer Historiker mit seiner Studie ein Standardwerk vorgelegt, an dem sich jede zukünftige Beschäftigung mit den frühen Auslandseinsätzen der Bundeswehr messen lassen muss.

Zitierempfehlung

Hubert Zimmermann, Rezension zu: Torsten Konopka, Deutsche Blauhelme in Afrika. Die Bundesrepublik Deutschland und die Missionen der Vereinten Nationen Anfang der 1990er Jahre, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2023, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 65, 2025, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82075.pdf>> [14.5.2025].



Hartmut Berghoff/Manfred Grieger

Die Geschichte des Hauses Bahlsen.
Keks – Krieg – Konsum 1911–1974

Wallstein Verlag | Göttingen 2024
602 Seiten, gebunden | 29,00 €
ISBN 978-3-8353-5773-0

rezensiert von

Jonathan Voges, Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam

»Dass aus meiner Rede über Nachhaltigkeit in der Wirtschaft auf dem Marketing-Kongress in Hamburg eine Debatte über deutsche Geschichte und Zwangsarbeiter im Dritten Reich sowie die Rolle des Unternehmens Bahlsen geworden ist, bedauere ich sehr«, ließ Verena Bahlsen 2019 in einer persönlichen Erklärung verlautbaren. Zuvor hatte sie recht unbedarft und wohl auch uninformatiert davon gesprochen, dass Zwangsarbeiter*innen bei Bahlsen »gut behandelt« worden seien.¹ Auf eine in dieser Pauschalität per se plumpe Aussage folgten die erwartbar kritischen Reaktionen, auf die das Unternehmen mit einer »intensiven« Beschäftigung mit der eigenen Geschichte reagieren wollte – zum Glück, wie man nun nach Drucklegung der aus diesem Kontext entstandenen Monografie nur sagen kann. Und das gilt nicht nur für die unternehmenseigene Erinnerungskultur, sondern auch für die Unternehmens- und Sozialgeschichtsschreibung zum Nationalsozialismus im Allgemeinen.

Nicht nur, dass das Unternehmen bei der Bestallung der verpflichteten Historiker (Hartmut Berghoff und Manfred Grieger) auf ausgewiesene Kenner des Fachs gesetzt hat, die für ihr unbestechliches Urteil bekannt sind. Vielmehr ist es diesen auch gelungen, ihr Projekt breiter zuzuschneiden, als es das auslösende Moment – die missglückte Rede über die Zwangsarbeit im Unternehmen – auf den ersten Blick nahegelegt hätte. Denn Berghoff und Grieger beschreiben und analysieren nicht nur die NS-Zeit, sondern blicken sowohl zurück auf den Ersten Weltkrieg und die Weimarer Republik als auch darüber hinaus bis weit in die bundesrepublikanische Konsumgesellschaft der 1950er- und 1960er-Jahre. Sie bieten den Leser*innen so ein Dreivierteljahrhundert Wirtschafts- und Konsumgeschichte aus der vielleicht unscheinbaren Perspektive der Dauerbackwaren, einen präzisen und detailgetreuen Blick auf die Chancen, Risiken und Verwerfungen eines Familienunternehmens und auf die enge

¹ o. A., Debatte um NS-Zwangsarbeit. Bahlsen-Erbin entschuldigt sich, in: Deutschlandfunk Kultur, 15.5.2019, URL: <https://www.deutschlandfunkkultur.de/debatte-um-ns-zwangsarbeit-bahlsen-erbin-entschuldigt-sich-100.html> [14.5.2025].

Vernetzung von Unternehmern und (nicht nur lokaler) Politik. Vier politische Systeme (Kaiserreich, Weimarer Republik, Nationalsozialismus und Bundesrepublik) und zwei Weltkriege gespiegelt in einem mittelgroßen Unternehmen der Lebensmittelindustrie – die Autoren haben sich viel vorgenommen und sie lösen ihren Anspruch ein.

Besonderes Augenmerk legen Berghoff und Grieger dabei auf die beiden Kriegszeiten, in denen die Nachfrage nach haltbaren, gut transportablen und dennoch auch Gefühle (Liebe, Fürsorge etc.) vermittelnden Nahrungsmitteln anstieg (behandelt vor allem in den etwas flapsig als »Krieg und Keks I« und »Krieg und Keks II« benannten Unterkapiteln). Sicher waren die Kriege nicht allein entscheidend, aber für so manche Produktinnovation sorgte er im Unternehmen doch. Nicht nur, weil man als Produzent von Süßwaren mit der Verknappung von Rohstoffen (Zucker) umzugehen hatte, sondern auch weil das Militär ganz spezifische Anforderungen an die gelieferten Waren stellte. Das führte im Unternehmen dazu, dass nach neuen, wissenschaftlich begründeten Wegen gesucht wurde, den Nährstoffgehalt (Eiweiß, Vitamine etc.) der dem Militär gelieferten Backwaren zu verbessern.

Der zweite in der Chronologie des Unternehmens wichtige Punkt ist, dass Bahlsen nach einem relativ soliden Aufstieg ab Ende der 1920er-Jahre in die Krise geriet. Der Aufstieg des Nationalsozialismus fiel dann in die Re-Konsolidierungsphase des Unternehmens, die NS-Friedensjahre bedeuteten so eine Blütezeit Bahlsens, was wiederum dazu führte, dass sich das Unternehmen dem politischen Regime (zwar nicht mehr, aber sicher auch nicht weniger andere Unternehmen im Deutschen Reich) verpflichtet fühlte. Jahrelange gepflegte Praxen – wie zum Beispiel die unternehmenseigene Sozialpolitik mit stark patriarchalischem Anstrich – wurden nunmehr NS-spezifisch aufgeladen beziehungsweise umgedeutet.

Ausgehend vom Entstehungskontext der Studie spielt die Zwangsarbeit eine herausgehobene Rolle. Die Autoren heben dafür die Spezifika des Unternehmens hervor, die Bahlsen etwa von Unternehmen der Rüstungsindustrie unterschieden: zum einen musste angesichts der Arbeit mit Lebensmitteln ein vergleichsweise hoher Hygienestandard gewahrt werden, was zum Beispiel dazu führte, dass Waschgelegenheiten etc. in höherem Maße zur Verfügung standen als in anderen Fabriken. Zum anderen führte die Produktion von Lebensmitteln auch dazu, dass die Zwangsarbeiterinnen (und es waren vor allem Frauen) die Möglichkeit hatten, sich in unbeobachteten Momenten mit zusätzlichen Kalorien zu versorgen. Darüber hinaus sei Werner Bahlsen insgesamt an einem »pragmatischen« Umgang (S. 248, hier in Bezug auf ukrainische Arbeiterinnen) interessiert gewesen. Tatsächlich ist es gut vorstellbar, dass sich all diese Punkte – neben dem allgemeinen Verdrängen familiärer und unternehmerischer NS-Belastungen – zu dem von Verena Bahlsen dann 2019 öffentlich kolportierten Familiengedächtnis verdichtet haben. Dass dieses Narrativ dennoch unterkomplex ist, belegen Berghoff und Grieger im entsprechenden Kapitel der Studie.

Mindestens ebenso anregend ist ihre Darstellung des Versuchs von Bahlsen, ein Keks-Unternehmen in der besetzten Ukraine zu übernehmen. Detailliert wie selten zuvor analysieren die Autoren, wie Bahlsen sich um die »Treuhänderschaft« für das Unternehmen bewarb, wie der Unternehmer bei NS-Behörden antichambrierte und Mitarbeiter in die Ukraine entsandte, um sie mit den notwendigen ortsspezifischen Kompetenzen auszustatten.

Aus konsumhistorischer Perspektive läuft im Hintergrund der auch von Unternehmensseite nicht nur konstatierte, sondern professionell analysierte und mit den eigenen Produkten vorangetriebene Basso continuo des nachlassenden Selbermachens und des wachsenden Vertrauens in industriell hergestellte Fertigwaren mit. Ausgehend einerseits von der Annahme, dass insbesondere Hausfrauen zunehmend die Zeit fehlen würde, selbst Kekse etc. für die eigene Familie zu backen, ohne dass deshalb ganz darauf verzichtet würde, ihr hin und wieder etwas Süßes zukommen zu lassen, andererseits mit Blick auf die neu aufkommenden Freizeitpraxen (Fahrten ins Grüne, Camping, Sport), ging das Unternehmen (wie sich zeigen sollte zu Recht) davon aus, das ideale Produkt im Portfolio zu haben – und dies konstant über die politischen Systemwechsel hinweg.

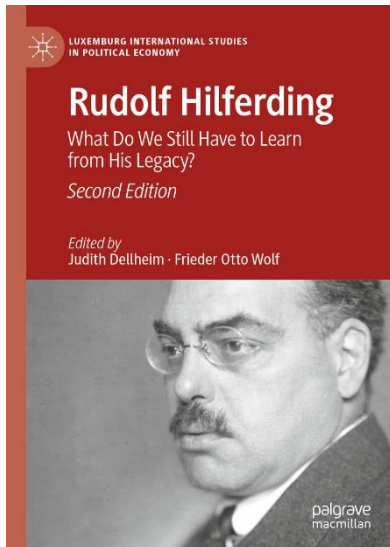
Mit der bundesrepublikanischen Konsumgesellschaft stieg zum einen die Konkurrenz, zum anderen und damit zusammenhängend wandelten sich auch die Vertriebsstrukturen im Lebensmittelsektor. Berghoff und Grieger liefern so auch eine Geschichte der »Revolution im Einzelhandel«², aber nicht aus der Perspektive von Edeka, Rewe etc., sondern aus der jener produzierenden Betriebe, die mit dem Groß Einzelhandel zunächst nur widerwillig kooperierten, später aber doch nicht um ihn herumkommen konnten. Besonders eindrücklich sind hierbei die gekonnt Anekdotisches und Analytisches verbindenden Abschnitte zu Aufstieg und Fall des Vertreterwesens im Hause Bahlsen: Von einer Vielzahl zunächst wandernder, später motorisierter Kontaktmänner des lokalen kleinräumigen Einzelhandels hin zu wenigen Experten für die Kontaktpflege mit den verbliebenen Supermarktketten.

Sicher soll man sich nach der Lektüre nicht wünschen, dass mehr Unternehmenserb*innen beginnen aus dem Nähkästchen zu plaudern, familieneigene Legenden als historische Wahrheiten zu präsentieren und so quasi Geschichtswissenschaftler*innen als *task forces* auf den Plan zu rufen, die das geschichtskulturell zerschlagene Geschirr zusammenkehren und zu einem wissenschaftlichen Standards genügenden Gesamtbild zusammensetzen sollen. Andererseits wäre es schon wünschenswert, wenn sich auch andere Unternehmen (erzwungenermaßen?) das Beispiel Bahlsen zum Leitbild nähmen und Historiker*innen ihre Geschichte anvertrauen. Nicht nur, um vor Aktionär*innen und Kund*innen nachweisen zu können, dass man sich nun der eigenen Geschichte gestellt habe, sondern vor allem auch damit die Geschichtswissenschaft mit den Unterlagen aus den Unternehmensarchiven ihre eigenen Fragen bearbeiten kann. Die für die 1990er- und 2000er-Jahre konstatierte »Sonderkonjunktur« der Unternehmensgeschichte mag vorbei sein, Berghoff und Grieger zeigen aber – weniger programmatisch fordernd, als vielmehr empirisch einlösend – welche Potentiale dieser Teilbereich der Geschichtswissenschaft noch immer bietet.

Zitierempfehlung

Jonathan Voges, Rezension zu: Hartmut Berghoff/Manfred Grieger, Die Geschichte des Hauses Bahlsen. Keks – Krieg – Konsum 1911–1974, Wallstein Verlag, Göttingen 2024, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 65, 2025, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82074.pdf>> [14.5.2025].

² Vgl. Lydia Langer, Revolution im Einzelhandel. Die Einführung der Selbstbedienung in Lebensmittelgeschäften der Bundesrepublik Deutschland (1949–1973), Göttingen 2013.



Judith Dellheim/Frieder Otto Wolf (Hrsg.)

Rudolf Hilferding.
What Do We Still Have to Learn from His Legacy?
(Luxemburg International Studies in Political
Economy)

Second Edition
Palgrave Macmillan | Cham 2023
486 Seiten, Hardcover | 235,39 €
ISBN 978-3-031-08095-1

rezensiert von

Thilo Scholle, Berlin

Rudolf Hilferding (1877–1941) ist eine der bekannteren Persönlichkeiten der deutschen Sozialdemokratie in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Sein Buch »Das Finanzkapital«, erstmals im Jahr 1910 veröffentlicht, ist bis heute eine wichtige Referenz in politischen Debatten etwa im Kontext der Weltfinanzkrise von 2008ff. Zugleich ist die biografische und ideengeschichtliche Beschäftigung mit Hilferding über die Jahre eher gering ausgefallen. Anspruch des vorliegenden englischsprachigen Sammelbandes ist es, dies ein Stück weit zu ändern. Inhaltlich stammt der Band aus einer von denselben Herausgeber*innen betreuten Reihe, die sich vor allem mit dem Werk Rosa Luxemburgs beschäftigt. Im Band enthalten sind insgesamt achtzehn Beiträge, die sich Rudolf Hilferding ausnahmslos aus einer politökonomischen Perspektive nähern. Einige von ihnen sollen im Folgenden näher betrachtet werden.

Die Herausgeber*innen Judith Dellheim und Frieder Otto Wolf formulieren in einem Vorwort den Wunsch an die Autor*innen, sich tiefer mit der politischen Dimension von Hilferdings Aneignung des Marxschen Theorieerbes auseinanderzusetzen – dabei allerdings auch zu berücksichtigen, dass zu Hilferdings Schaffenszeit noch nicht alle Marx-Texte publiziert waren. Hilferdings Analyse habe die marxistische Debatte über Imperialismus, über die weitere Entwicklung des Kapitalismus sowie zu den möglichen strategischen Schlussfolgerungen für Sozialisten bzw. Kommunisten beeinflusst. In einer ausführlicheren Einleitung halten beide dann fest, dass Hilferdings harter Antikommunismus ihn in Widerspruch zu anderen linken Intellektuellen seiner Zeit, etwa zu Carl von Ossietzky, gebracht habe. Außerdem habe er indirekt dazu beigetragen, die Sozialfaschismusthese des Stalinismus zu legitimieren und damit das historische Versäumnis von Sozialdemokraten und Kommunisten zur Schaffung einer Allianz gegen den Faschismus verstärkt. Weder die eigene Fluchterfahrung seit 1933 noch der deutsche Überfall auf Polen 1939 habe bei Hilferding zu einer Einstellungsänderung in Bezug auf die Rolle des Kommunismus geführt. Ossietzky habe sich über die ausschließlich auf Parlament und Regierung orientierte Politik von Hilferding lustig gemacht. Diese Einordnung

kann nicht ganz überzeugen. Zwar ist Hilferdings Antikommunismus gut dokumentiert. Doch sind eben auch die dazu führenden Entwicklungen zu berücksichtigen – die Spaltung der USPD sowie die bald einsetzende Stalinisierung der KPD –, die er teils aus eigener Betroffenheit erlebt hatte. Sein Diktum aus dem Exil, wie könne er gegen politische Morde und Strafverfahren gegen Kommunisten in faschistischen Ländern protestieren, wenn in der Sowjetunion selbst mit den Moskauer Prozessen Vergleichbares stattfindet, ist durchaus nachvollziehbar.

Im ersten inhaltlichen Beitrag stellt Michael R. Krätke unter der Überschrift »Rethinking Hilferding's *Finance Capital*« wesentliche theoretische Ansätze Hilferdings vor. Neben dem Verweis darauf, dass ein analytischer Bezug auf nur eine geografische Region wie bei Hilferding mit seiner Betrachtung des deutschen und des österreichischen Bankensystems gerade heute unzureichend sei, hält er auch fest, Hilferdings Idee eines Auftretens hybrider Formen von Kapital behalte seinen Nutzen für aktuelle Kapitalismusanalysen. Allerdings sei sie zu wenig präzise, um die wichtigsten Finanztransaktionen und Finanzmarktakteure in heutiger Zeit zu identifizieren. Zudem müsse Hilferdings implizite Idee, dass das Finanzkapital irgendwann die Vorherrschaft über das industrielle Kapital gewinne, in Frage gestellt werden, da aktuell die meisten transnationalen Unternehmen bereits hybride Gebilde aus Industrie-, Handels-, Landwirtschafts- und Finanzkapital seien.

Nikos Stravelakis hält in seinem Beitrag »From Luxemburg to Sweezy: Notes on the Intellectual Influence of Hilferding's *Finance Capital*« fest, Hilferding könne die Dynamik von Aktienpreisen nicht erklären. Problematisch sei auch Hilferdings Vorstellung, Wettbewerb treibe die Unternehmen dazu, auf Mehrwert zugunsten der Verbraucher zu verzichten. Zudem habe Hilferding eine Mehrheit der politischen Linken davon überzeugt, dass die Ursache wirtschaftlicher Krisen in einer vorübergehenden Störung der Kapitalakkumulation zu suchen, nicht aber ein grundsätzlicher ökonomischer Zusammenbruch zu befürchten sei. Ähnliche Kritik insbesondere an Hilferdings Kategorien unterschiedlicher Kapitalformen und ihrer Zusammensetzung wird auch in einigen anderen Beiträgen des Bandes geäußert.

Andrew Kilmister widmet sich Hilferdings Analyse kapitalistischer Entwicklungsstufen. Hilferding könne vielleicht am besten gar nicht als Theoretiker einer bestimmten Entwicklungsstufe kapitalistischer Entwicklung oder eines konkreten kapitalistischen Regimes angesehen werden, sondern eher als Beschreibender einer Tendenz innerhalb des Kapitalismus. Auch letzteres kann für Kilmister durchaus einen analytischen Mehrwert bieten: Durch eine Einbettung von Hilferdings Ansatz in eine breitere Erfassung der möglichen gesellschaftlich-ökonomischen Widersprüche könne Hilferdings Werk ein Element in einem größeren Gesamtbild kapitalistischer Entwicklung darstellen. Kilmisters analytischer Schluss, Hilferding weniger an der Messlatte einer konsequenten Entfaltung Marxscher Theorie zu messen, sondern ihn eher als Beobachter grundsätzlicher Tendenzen im Kapitalismus zu lesen, ist auch in weiteren Texten relevant. Hilferding wird damit in gewisser Weise von der intellektuellen Last befreit, nicht nur gute ökonomische Analysen zu liefern, sondern gleichzeitig auch noch die Theorie im Anschluss an Marx auf neue Entwicklungsstufen gehoben zu haben.

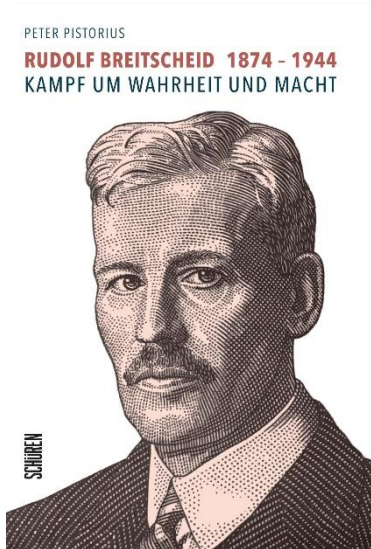
Für Stephen Maher und Scott Aquanno stellt Hilferdings Werk die Grundlage für jegliche marxistische Analyse von »corporate capitalism« dar: »Rudolf Hilferding's *Finance Capital* points to a road not taken toward such a Marxist theory of »corporate governance«: that is, the historically evolved institutional mechanisms and channels for pooling, mobilizing, investing, and accumulating capital, as well as managing production processes.« (S. 143) Mit seinen Hinweisen auf die Möglichkeit, aus den am weitesten entwickelten kapitalistischen Branchen sozialistische Planung betreiben zu können – mit der Chance einer Kombination aus sozialistischer und bürgerlicher Demokratie durch Betriebsräte und weitere wirtschafts-demokratische Elemente –, habe sich Hilferding deutlich von der bolschewistischen Idee einer schlagartigen Transformation durch einen Aufstand abgegrenzt und stattdessen einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung einer sozialistischen Ökonomie im Rahmen einer liberalen Demokratie geleistet.

J. Patrick Higgins stellt in seinem Beitrag »A Socialist Third Way? Rudolf Hilferding's Evolutionary Socialism as Syncretized Note Early Neoliberalism« bemerkenswerte Ideenüberschneidungen zwischen Hilferding und den frühen Neoliberalen der Zwischenkriegszeit fest: »His belief in the neutrality of the state and the separation of the economic, political, and the social spheres created an active and pragmatic, albeit somewhat conservative and vague, theory of Marxist politics that tried to balance theoretical updating with the issues and needs of its time and an effective political practice. This anticipates and parallels the early neoliberals' search for a way to update liberalism, to overcome its contemporary crises and to develop political theories and corresponding practices for an active state, rather than laissez-faire.« (S. 300) Auch wenn diese These gedanklich durchaus anregend ist, kann sie inhaltlich nicht überzeugen. Zutreffend ist sicherlich, dass sowohl Hilferding wie auch die frühen Neoliberalen einen aktiven Staat zur Regelung des Marktgeschehens wünschten. Anders als bei den Neoliberalen ging es Hilferding aber gerade nicht darum, einen lediglich ordnungspolitisch regulierten Kapitalismus zu stärken, sondern (eher im Sinne der Skizze von Maher und Aquanno) um eine auf die Befriedigung menschlicher und gesellschaftlicher Bedürfnisse ausgerichtete Wirtschaftsordnung in demokratischer Steuerung.

Insgesamt bringt der Band auf ausgesprochen verdienstvolle Weise die theoriegeschichtliche Relevanz Rudolf Hilferdings wieder ins Bewusstsein. Mit Blick auf das weitgehende Verschwinden Hilferdings aus dem historischen Gedächtnis wären möglicherweise ein biografischer Beitrag sowie ein etwas umfassenderer Beitrag zu seiner intellektuellen Entwicklung hilfreich gewesen. Auch nehmen nahezu alle Beiträge recht unmittelbar auf Hilferding Bezug, ohne sein Denken mit Blick auf ihr konkretes Thema zunächst etwas nachvollziehbarer zu skizzieren. Die Ansatzpunkte inhaltlicher Kritik sind in den einzelnen Texten zudem etwas unterschiedlich akzentuiert – in den Beiträgen mit Fokus auf Hilferdings »Finanzkapital« steht eher dessen Verortung in Marxscher Theorieentwicklung im Vordergrund, in anderen Artikeln stärker Hilferdings Blick auf den organisierten Kapitalismus – bei durchaus unterschiedlichen interpretatorischen Zugriffen. Deutlich wird in jedem Fall, dass das Denken mit oder im Anschluss an Marx oder Hilferding kein simples »Schlag nach bei...« ist, sondern intensive empirische Analyse der jeweiligen tatsächlichen Verhältnisse erfordert – und dass sich hierzu aus der Rezeption Hilferdings einiges lernen lässt, ohne damit bereits einen unmittelbar wirksamen Schlüssel zur Erklärung der Gegenwart in der Hand zu halten.

Zitierempfehlung

Thilo Scholle, Rezension zu: Judith Dellheim/Frieder Otto Wolf (Hrsg.), Rudolf Hilferding. What Do We Still Have to Learn from His Legacy?, Second Edition, Palgrave Macmillan, Cham 2023, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 65, 2025, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82073.pdf>> [13.5.2025].



Peter Pistorius

Rudolf Breitscheid 1874–1944.
Kampf um Wahrheit und Macht

Schüren Verlag | Marburg 2024
232 Seiten, gebunden | 28,00 €
ISBN 978-3-7410-0290-8

rezensiert von

Paula Lange, Universität Wien

Anlässlich des 150. Geburtstags von Rudolf Breitscheid (1874–1944) hat der Historiker und Journalist Peter Pistorius im Jahr 2024 eine Lebensbeschreibung des sozialdemokratischen Politikers und NS-Verfolgten veröffentlicht, die nach dem Willen des Autors zugleich eine »Monografie zur deutschen Parteiengeschichte vom Beginn des 20. Jahrhunderts, über Aufstieg und Untergang der Republik von Weimar bis nahe an die Gegenwart« (S. 215) sein soll. Das Buch basiert auf der bereits 1968 entstandenen Dissertation von Pistorius, die nach wie vor die einzige umfassende biografische Arbeit zu Breitscheid ist.

Im ersten von fünf Kapiteln des Buches schildert Pistorius Breitscheids familiären Hintergrund und seine Bildungslaufbahn. Breitscheids politische Hinwendung zum Liberalismus wird im zweiten Kapitel, »Der Demokrat (1903–1912)«, eingänglich behandelt. Breitscheid, der 1902 mit seiner Ehefrau Tony (1878–1968, geb. Drevermann) nach Berlin gezogen war, engagierte sich im Sozialliberalen Verein sowie ab 1903 in der Freisinnigen Vereinigung. Nachdem sich Breitscheid viele Jahre für die kulturimperialistischen Ziele des Kaiserreichs begeistern konnte, wandte er sich, so Pistorius, ab 1905 verstärkt einem friedensorientierten »europäischen Interessenausgleich im Sinne klassischer liberaler Theorie« zu (S. 36). Gleichzeitig vertrat Breitscheid innenpolitisch immer stärker Positionen im Sinne eines Wohlfahrtsliberalismus und setzte sich spätestens ab 1908 konsequent für eine Demokratisierung des Staatsapparats ein. Eine Diskussion über das Reichvereinsgesetz führte im selben Jahr schließlich zum Austritt Breitscheids sowie seiner engsten politischen Gefährten Theodor Barth und Hellmut von Gerlach aus der Freisinnigen Vereinigung. Gemeinsam gründeten die drei die linksliberale Demokratische Vereinigung, deren Vorsitzender Breitscheid wurde. Zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie konnte die Partei jedoch keine nennenswerte politische Kraft entfalten. Nach einem schlechten Abschneiden bei den Reichstagswahlen 1912 verließ Breitscheid die Partei und wechselte zur SPD.

Im darauffolgenden Kapitel, »Der Sozialist (1912–1922)«, beschreibt Pistorius Breitscheids Engagement im sozialdemokratischen Milieu. Ein erster großer Konflikt entspann sich 1914 an der Bewilligung der Kriegskredite, gegen die sich Breitscheid aussprach. Seine Ablehnung fußte vor allem auf seinem Verständnis eines radikalen Internationalismus und gipfelte 1917 in seiner Beteiligung an der Gründung der USPD. Nach Kriegsende übernahm Breitscheid in der revolutionären Umbruchszeit 1918/19 sein erstes und letztes Regierungsamt als preußischer Volksbeauftragter für Inneres. Mittlerweile war er der festen Überzeugung, dass es keine Demokratie außerhalb des Sozialismus geben könne. Unter dem Eindruck, dass die junge Republik »im Chaos am Rande des Bürgerkrieges zu versinken drohte«, wie Pistorius formuliert (S. 118), unterstützte Breitscheid 1922 die Wiedervereinigung der USPD-Mehrheit mit der SPD.

Breitscheids außenpolitisches Wirken wird im vierten Kapitel, »Der Republikaner (1920–1933)«, thematisiert. Sein oberstes Ziel war die Aussöhnung zwischen Frankreich und Deutschland, die er als essenziell für »den Frieden der Welt und die Wiederherstellung Europas« betrachtete (zit. nach S.120f.). Ebenso setzte er sich vehement dafür ein, dass das Deutsche Reich seinen Verpflichtungen im Rahmen des Versailler Friedensvertrags nachkam. 1926 war er an der Seite von Gustav Stresemann Mitglied der deutschen Delegation beim Völkerbund und sah den Beitritt Deutschlands zu diesem als einen ersten Schritt auf dem Weg zu einer »europäische[n] Zollunion und [den] vereinigten Staaten von Europa« (S. 135). Das Erstarken der NSDAP unterschätzte Breitscheid massiv. Pistorius bescheinigt ihm ein »Unvermögen, die Totalität der Gefahr zu erkennen«, in deren Folge er selbst nach Hitlers Ernennung zum Reichskanzler Ende Januar 1933 nicht sogleich erkannte, dass nun alle verfügbaren Mittel des »außerparlamentarischen Widerstandes« hätten mobilisiert werden sollen (S. 160).

Nach der Flucht des Ehepaars Breitscheid über die Schweiz nach Paris, bemühte sich Rudolf Breitscheid im antifaschistischen Widerstand einen eigenständigen Weg zu finden. Die ersten Jahre im Pariser Exil war er weiterhin überzeugt, dass eine Kooperation mit der KPD nicht stattfinden könne – gleichzeitig kritisierte er aber die Arbeit der SoPaDe-Führung in Prag. Laut Pistorius entwickelte er sich dann 1936 zum »Wortführer einer antifaschistischen Einheitsfront der Arbeiterparteien« (S. 186), die als breites Bündnis mit der französischen *Front populaire* kooperierte. Erst die Pariser Exilerfahrung und seine Distanz zur Prager SPD brachten ihn in dieser späten Phase seiner politischen Karriere dazu, seine konsequent ablehnende Haltung gegenüber der KPD aufzugeben, um »jede Gelegenheit und jede Plattform« (zit. nach S. 193) zum Kampf gegen Hitler zu nutzen. Das Volksfrontbündnis scheiterte jedoch schon nach kurzer Zeit. Breitscheid befand sich fortan parteipolitisch in der totalen Isolation. Nach seiner Verhaftung durch die Vichy-Regierung und Auslieferung an die Gestapo 1940 wurde er zunächst im Gefängnis, dann in den Konzentrationslagern Sachsenhausen und Buchenwald festgehalten, wo er im August 1944 bei einem alliierten Luftangriff starb.

Pistorius kennt das politische Selbstverständnis Breitscheids wie kein anderer. Er versteht es, insbesondere die Ambivalenzen und Brüche in Breitscheids politischer Karriere zu kontextualisieren und den Leser:innen eindrücklich zu vermitteln, wie es zu seinen zahlreichen Parteiwechseln kam, ohne Breitscheid auch nur ansatzweise als machtorientierten Opportunisten darzustellen. Mangels eines überlieferten Nachlasses musste der Biograf weitgehend auf veröffentlichte Quellen wie etwa Zeitungsartikel des publizistisch sehr aktiven Politikers zurückgreifen. Narrativ entsteht dadurch ein leichtes Ungleichgewicht, wenn Breitscheids Positionen und die Kontroversen um ihn hauptsächlich mit seinen eigenen Aussagen belegt werden. Es verwundert, dass der Autor nicht auf die zahlreichen Publikationen Bezug nimmt, die jüngst erst anlässlich des 100. Jahrestags von Revolution und Reichsverfassung erschienen sind, um die schwierige biografische Quellenlage auszugleichen.¹

Auch hätte Pistorius sich stärker Tony Breitscheid, ihren Publikationen und ihren in verschiedenen Nachlässen überlieferten Briefen zuwenden können. Da Tony Breitscheid sich

¹ Vgl. etwa Andreas Braune/Michael Dreyer (Hrsg.), Weimar und die Neuordnung der Welt. Politik, Wirtschaft, Völkerrecht nach 1918, Stuttgart 2020.

schon im Kaiserreich ebenfalls vehement für eine Wahlrechtsreform einsetzte, meist Mitglied derselben politischen Vereinigungen wie ihr Mann war und für die gleichen Publikationsorgane schrieb, ab 1919 sogar in ihrem eigenen Verlag die Zeitschrift »Der Sozialist« (deren Redakteur Rudolf Breitscheid war), herausgab, wäre es bereichernd gewesen, das Ehepaar Breitscheid als ein Arbeitspaar zu perspektivieren. Dass Pistorius sich der neueren Forschung zu Tony Breitscheid bewusst war, zeigt die Übernahme (auf S. 214) einer Fotografie aus einem biografischen Essay der Rezensentin.² Vor allem im letzten Kapitel gibt es auch einige inhaltliche Ungenauigkeiten: Pistorius schreibt hier etwa, dass »Breitscheid und seine Frau nach Deutschland ausgeliefert« (S. 212) worden seien – doch anders als ihr Mann wurde Tony Breitscheid nicht ausgeliefert, sondern bemühte sich selbst mehrere Monate um eine Einreisegenehmigung nach Deutschland. Einen falschen Eindruck erweckt auch die Formulierung, dass Breitscheid »zusammen mit seiner Frau« in das KZ Sachsenhausen und später ins KZ Buchenwald ziehen »musste« (S. 208) – tatsächlich entschied sich Tony Breitscheid freiwillig zu diesem Schritt, um ihrem Mann beizustehen. Sie konnte das Lager aber jederzeit verlassen.³

Nicht nur im Vorwort, sondern auch in einem im Buch abgedruckten Gespräch mit dem langjährigen SPD-Politiker Martin Schulz und der Historikerin Sabine Hering, versucht der Autor einen Bogen zwischen Breitscheids Lebzeiten und den heutigen politischen Debatten um das Entstehen für Demokratie zu spannen. Im Epilog spricht Pistorius erneut davon, dass Breitscheids politisches Wirken exemplarisch zeige, »wie historische Entwicklungslinien bis in unsere Tage reichen und zum Verständnis aktueller politischer Geschehnisse beitragen können« (S. 215). Im biografischen Teil des Buchs wird Pistorius diesem Anspruch allerdings nicht gerecht, da er inhaltlich keine Bezüge zu heutigen Ereignissen herstellt. So hätte Breitscheids Vision eines vereinigten Europas ein fruchtbarer Anknüpfungspunkt an die Geschichte Europäischen Union sein können. Auch Breitscheids Demokratieverständnis hätte einen stärkeren roten Faden durch das Buch bilden können, wenn Pistorius breiter die jüngere demokratiegeschichtliche Forschung rezipiert hätte.⁴ Gerade die Entwicklung vom linksliberalen zum sozialistischen Demokraten macht Breitscheid zu einer spannenden Person, an deren Beispiel Leser:innen viel über das Demokratieverständnis in drei verschiedenen Systemen zwischen 1910 und 1945 hätten lernen können. Zu würdigen bleibt, dass nun eine Gesamtbiografie zu Rudolf Breitscheid veröffentlicht vorliegt. Mehr Überarbeitung und Aktualisierung wären dem Buch jedoch zu wünschen gewesen.

Zitierempfehlung

Paula Lange, Rezension zu: Peter Pistorius, Rudolf Breitscheid 1874–1944. Kampf um Wahrheit und Macht, Schüren Verlag, Marburg 2024, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 65, 2025, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82072.pdf>> [13.5.2025].

² Paula Lange, Tony Breitscheid, in: Digitales Deutsches Frauenarchiv, 7.2.2024, URL: <<https://www.digitales-deutsches-frauenarchiv.de/akteurinnen/tony-breitscheid>> [13.5.2025].

³ Vgl. Tony Breitscheid, Rudolf Breitscheids letzte Jahre, in: Neue Volkszeitung, 22.11.1947.

⁴ Vgl. Andreas Braune/Michael Dreyer/Torsten Oppelland (Hrsg.), Demokratie und Demokratieverständnis. 1919 – 1949 – 1989, Stuttgart 2021.